



EUROPA-UNION DEUTSCHLAND  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.  
Am Kronberger Hof 6  
55116 Mainz  
Tel.: 06131 220 538  
Fax: 06131 250 5230  
E-Mail: [info@europa-union-rlp.de](mailto:info@europa-union-rlp.de)  
[www.europa-union-rlp.de](http://www.europa-union-rlp.de)

## **Geschäftsbericht 2011**

## 1. Politischer Lagebericht

Turnusgemäß übernahm Ungarn am 1. Januar 2011 den Ratsvorsitz im Ministerrat der EU. Am 1. Juli 2011 ging der Vorsitz an Polen über.

Wichtigstes Thema in 2011 war die Schuldenkrise und deren Auswirkungen sowie die notwendige Reform der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Deutschland und Frankreich stellten Anfang Februar 2011 Vorschläge zu einer verbesserten Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Eurozone im Fiskalbereich vor, der nach Überarbeitung unter der neuen Bezeichnung „Pakt für den Euro“ beschlossen wurde. Er enthielt allerdings, anders als zunächst vorgeschlagen, keine rechtsverbindlichen Regelungen, sondern lediglich Absichtserklärungen der Mitgliedstaaten. Auf dem März-Gipfel des Europäischen Rates erklärten außerdem noch sechs weitere Staaten, die den Euro nicht eingeführt haben, ihren Beitritt zum Pakt.

Zudem wurde ein weiteres Gesetzespaket zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung zwischen dem Rat der EU und dem Europäischen Parlament ausgehandelt. Dieses sogenannte „Sixpack“ sieht insbesondere eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie Maßnahmen bei wirtschaftlichen Ungleichgewichten, also hohen Überschüssen oder Defiziten in der Leistungsbilanz von Mitgliedstaaten, vor.

Neben den langfristigen Reformschritten kam es zudem zu verschiedenen Kriseninterventionen in überschuldeten Mitgliedstaaten der Eurozone. Mitte Mai erhielt Portugal einen Notkredit der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, Anfang Juni wurde eine neue Tranche der bereits 2010 bewilligten Kredite für Griechenland ausgezahlt. Anfang Juli kam es zu einem Kursverlust italienischer Staatsanleihen sowie zu einer Herabstufung der Bonität Irlands. Am 21. Juli fand deshalb ein Sondergipfel des Europäischen Rates statt, auf dem neben weiteren Hilfskrediten auch eine teilweise Umschuldung Griechenlands beschlossen wurde.

Auf dem Februargipfel des Europäischen Rates wurde die Vollendung des Energiebinnenmarktes bis 2014 durch einen Zusammenschluss und Ausbau der Energienetze beschlossen. Infolge des Erdbebens in Japan am 11. März und der darauffolgenden Nuklearkatastrophe von Fukushima verschärfte sich in den EU-Mitgliedstaaten auch die Debatte über die Kernenergie.

Ein weiteres wichtiges Thema war zudem der Haushalt der Europäischen Union. Außer der regulären Verabschiedung des jährlichen Haushaltsplanes für 2012 fiel in die polnische Ratspräsidentschaft die Debatte über den mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014–2020. Bereits 2010 hatten Großbritannien und einige weitere Staaten vorgeschlagen, den EU-Etat ab 2013 einzufrieren und EU-Strukturfonds zu kürzen, was vor allem von den mittel- und osteuropäischen Ländern, die die Hauptnettoempfänger der Strukturfonds sind, kritisiert wurde. Die von der Kommission vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer, die als neuer Eigenmitteltyp teilweise die nationalen Beiträge zum EU-Haushalt ersetzen soll, wurde diskutiert. Grundsätzlich wurde eine solche Steuer vom Europäischen Parlament begrüßt,

von den Regierungen verschiedener Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschlands, jedoch abgelehnt.

Anfang des Jahres 2011 gewannen die Unruhen in der arabischen Welt große Aufmerksamkeit. Nachdem die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zunächst Schwierigkeiten hatten, sich hierzu auf eine gemeinsame Position zu einigen, wurde das Thema auf dem Februargipfel behandelt. Als Reaktion auf den Aufstand in Libyen verhängte die EU Sanktionen gegen das Regime von Muammar al-Gaddafi. Außerdem wurde auf französische Initiative ein Sondergipfel des Europäischen Rates am 11. März einberufen, um eine gemeinsame Position zu der politischen Reaktion auf die Krise sowie den Umgang mit den Flüchtlingsströmen aus Nordafrika zu entwickeln. Auf dem Gipfel forderten die Staats- und Regierungschefs einen sofortigen Rücktritt Gaddafis, konnten sich jedoch nicht über die Frage eines militärischen Eingreifens einigen.

Infolge der Entwicklungen nahmen die Flüchtlingsströme in EU-Staaten deutlich zu. Dies löste eine Diskussion über die Überarbeitung des Schengen-Abkommens aus. Im Gespräch war unter anderem die Einführung eines neuen Gremiums auf europäischer Ebene, das gegebenenfalls die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen genehmigen sollte. Während die Innenministerien meist eine eher restriktive Immigrationspolitik vertraten, drängte das Europäische Parlament meist auf eine Durchsetzung der Reisefreiheit.

Zudem wurde der Beitritt von Bulgarien und Rumänien zum Schengener Abkommen diskutiert. Dieser war ursprünglich schon für Anfang 2011 geplant, wurde jedoch von mehreren Mitgliedstaaten abgelehnt, da der Schutz der Außengrenzen durch diese Länder noch nicht hinreichend gewährleistet sei.

Der Beitrittsvertrag mit Kroatien wurde unterzeichnet (Beitritt zum 1. Juli 2013).

Die ungarische Ratspräsidentschaft war von mehreren Kontroversen begleitet. Vor allem verabschiedete das ungarische Parlament kurz vor Jahresende ein neues Mediengesetz, das der neu eingerichteten Medienbehörde umfassende Kompetenzen zur Kontrolle der in Ungarn verfügbaren Medien erteilte. Dies wurde von anderen europäischen Regierungen, aber auch im Europäischen Parlament, kritisiert. Die Europäische Kommission kündigte an, die Übereinstimmung des ungarischen Mediengesetzes mit der EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste zu prüfen. Der ungarische Ministerpräsident Orbán erklärte daraufhin zu einer Reform des Gesetzes bereit zu sein, falls die Kommission es beanstanden sollte.

## **2. Politische Tätigkeit des Landesverbandes**

Schwerpunktmäßig widmete der Landesvorstand seine Aufmerksamkeit den Problemen der Mitgliedstaaten innerhalb der Währungsunion und der öffentlichen Debatte, die diese begleitete. Ebenfalls wurde diskutiert, wie den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden kann, dass die Schuldenkrise der einzelnen Nationalstaaten dem Euro nicht zugerechnet werden kann. Die in der Öffentlichkeit verbreiteten Verunsicherungen bezüglich der Zukunft der gemeinsamen Währung müssen, nach Einschätzung des Landesvorstandes, stärker durch die Politik erklärt werden. Eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft

ist eine Notwendigkeit. Hierzu muss die EU-Kommission ihre Aufgaben so wahr nehmen, wie es in den Verträgen vorgesehen ist.

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die EU und den Währungsraum bringen allerdings mehr öffentliche Wahrnehmung für die europäischen Themen. Auch das Ziel des Verbandes, die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, wird stärker in der Öffentlichkeit diskutiert. Damit wird die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der Europa-Union begünstigt.

Als Gast werden, nach Möglichkeit, die rheinland-pfälzischen Europaabgeordneten zu Sitzungen des Landesvorstandes eingeladen. Norbert Neuser MdEP, der in 2011 die Einladung angenommen hat, berichtete über seine Arbeit in den Ausschüssen im Europäischen Parlament. Im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen in Nordafrika wird die besondere Aufmerksamkeit dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten gewidmet. In der gemeinsamen Diskussion herrscht die Meinung, dass es die wichtigste Aufgabe der EU ist, die Grundwerte, die in den Mitgliedstaaten verankert sind, nach außen zu transportieren und die Demokratisierungsbestrebungen der Krisenländer zu unterstützen. Neben dem Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ist auch die Hilfe bei der Gründung von Parteien und die Stärkung der Partizipation der Bürgerinnen und Bürgern von großer Bedeutung.

### 3. Bildungsarbeit

Im Mittelpunkt der Bildungsarbeit des Landesverbandes standen auch in 2011 der Europäische Wettbewerb sowie die vom Landesverband entwickelte Aktion „Europa in die Schule“, die die Jugend an Europa altersgemäß heranführen und die Partizipationsmöglichkeiten im europäischen Einigungsprozess aufzeigen sollen.

#### 3.1 Europäischer Wettbewerb

"Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit" war das Leitthema des 58. Europäischen Wettbewerbs, der in Rheinland-Pfalz vom Bildungsministerium und dem Landesverband der Europa-Union jährlich getragen wird. 6.841 Schülerinnen und Schüler aus 147 Schulen aller Schularten aus Rheinland-Pfalz nahmen in 2011 am Wettbewerb teil. Aus Partnerschulen in den polnischen Woiwodschaften Dolnośląskie, Opolskie und Małopolskie lagen zusätzlich der Landesjury bildnerische und schriftliche Arbeiten von 1.776 Schülerinnen und Schülern



Bild: M. Golon

vor. Mit diesem Ergebnis erreichte Rheinland-Pfalz den zweiten Platz unter den Bundesländern, wenn die Beteiligtezahl in Relation zur Gesamtschülerzahl des Bundeslandes gesetzt wird. Dies ist dem Engagement der Teilnehmenden, den Lehrkräften und den beteiligten Kreisverbänden zu verdanken.

Nach einer Vorauswahl in den Schulen und in den Kreisjurs der Kreisverbände der Europa-Union bewertete die aus Lehrkräften aller Schularten

zusammengesetzte Landesjury die Arbeiten und vergab 498 Buch- und Sachpreise. Alle 128 Preisträger der 1. Landespreise wurden zu einer landeszentralen Veranstaltung am 25. Mai in den Holiday Park Haßloch eingeladen. Dort erwartete sie neben der Feierstunde zur Übergabe der Preise die freie Nutzung der Parkeinrichtungen.

Die Kreisverbände Altenkirchen, Alzey-Worms, Germersheim, Kaiserslautern, Mayen-Koblenz, Pirmasens-Südwestpfalz, Rhein-Lahn, Westerwald und Worms ehrten die Sieger auf der Kreisebene in einer Feierstunde.

### **3.2 „Europa in die Schule“**

Zum sechsten Mal lud der Landesverband alle Schulen ab der Sekundarstufe I in Rheinland-Pfalz zur Teilnahme an der Aktion ein, die erneut den Schulen durch das Bildungsministerium empfohlen wurde. Die Aktion wurde vom 4. April bis 31. Mai 2011 durchgeführt. Aus einer Liste mit Themenvorschlägen wählten die Schulen ihr Wunschthema. Dementsprechend vermittelte die Europa-Union ihre sachkundigen Mitglieder als Referentinnen und Referenten. Das von der Schule gewählte Thema wurde mit den Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften jugendgemäß behandelt. In vielen Schulen wurden die Grundlagen der EU vorab im Unterricht besprochen, wodurch eine themenbezogene Diskussion erleichtert war.

In 59 Einzelveranstaltungen konnten ca. 3.000 Schülerinnen und Schüler angesprochen und in die Diskussion einbezogen werden. Die Lehrkräfte bewerten die Aktion als eine sehr hilfreiche Ergänzung und Unterstützung des Unterrichts. Finanziell wurde die Aktion durch die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union im Rahmen der Europawoche unterstützt.

## **4. Verbandsarbeit**

### **4.1 Landesebene**

Angesichts der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der Europa-Union hat der Landesvorstand alle Kreisverbände zur aktiven Beteiligung aufgerufen. Mit vier Vertretern nahm der Landesverband an einer vom Bundesverband der Europa-Union organisierten Konferenz zur Programmdebatte im Mai in Würzburg teil. Zusätzlich lud der Landesvorstand am 6. August Vertreter aller Kreisverbände zur Landeskonferenz nach Koblenz ein. Gast der Konferenz war EUD-Präsidiumsmitglied Dr. Lutz Hager. Er referierte über die Zielsetzungen der Debatte und Schwerpunkte des neuen Programms.



Bild: A. Schneider

Während des Jahres wurden die Kreisverbände mit acht Rundschreiben und einem Sonderrundschreiben über die Arbeit des Landes- und z.T. auch des Bundesverbandes informiert.

#### 4.1.1 Organisationsstruktur

23 Kreisverbände bildeten in 2011 den Landesverband Rheinland-Pfalz. Am Jahresende stellten die Kreisverbände Bad Bergzabern und Landau einen Antrag an den Landesvorstand auf Zusammenlegung. Nach der Zustimmung des Landesvorstandes nahm der neue Kreisverband Südpfalz Anfang des Jahres 2012 seine Arbeit auf. Mit dem Zusammenschluss erhielt nun die langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit beider Kreisverbände eine formale Form, in der die personellen und organisatorischen Ressourcen besser genutzt werden sollen.

Bei den Mitgliederzahlen musste ein leichter Rückgang verzeichnet werden. Der Verlust von 89 Mitgliedern in 2011 konnte durch Zugang von 64 Neumitgliedern nicht ausgeglichen werden.

Der Landesvorstand unterstützte erneut die aktive Werbung von Neumitgliedern und belohnte alle Werber mit Bildbänden über die Regionen Europas. Die meisten Neumitglieder haben geworben:

<i>Dr. Jörg Koch</i> (Kreisverband Worms)	- 8 neue Mitglieder
<i>Franz-Josef Mathony</i> (Kreisverband Bad Kreuznach)	- 8 neue Mitglieder
<i>Sebastian Becker</i> (Kreisverband Kaiserslautern)	- 5 neue Mitglieder

#### 4.1.2 Landeskongress

Im Jahr 2011 fand kein Landeskongress statt.

#### 4.1.3 Landesvorstand

In 2011 trat der Landesvorstand fünfmal zusammen. In der ersten Sitzung im Jahr wurden die Verantwortungsbereiche der einzelnen Mitglieder im Vorstand bestimmt. Die vom Landesvorstand beauftragte Satzungskommission trat zweimal zusammen, um den Entwurf einer neuen Satzung vorzubereiten. Dabei sollten in erster Linie die Änderungen in der Satzung des Bundesverbandes in den Entwurf implementiert werden.

Die Tradition der jährlichen gemeinsamen Sitzungen der Landesvorstände Hessen und Rheinland-Pfalz wurde auch in 2011 fortgesetzt und beide Gremien trafen sich in Frankfurt. Dabei wurden die Auswirkungen der anhaltenden Schuldenkrise in der EU, das neue Grundsatzprogramm der Europa-Union und über den bevorstehenden Bundeskongress diskutiert. Der Sitzung ging ein gemeinsamer Besuch bei der EZB in Frankfurt voraus.

#### 4.1.4 Landesgeschäftsstelle

Die in der Landeshauptstadt gelegene Landesgeschäftsstelle war halbtags mit einer hauptamtlichen Mitarbeiterin, Gabriele Eisenmenger, die das Geschäftsführende Vorstandsmitglied in der Arbeit unterstützte, besetzt. Die Buchhaltung des Landesverbandes wurde durch Judith Lemle nebenamtlich geführt.

#### 4.1.5 Landesspezifische Aktivitäten / Kreisverbände



Bild: A. Schneider

Europa Direkt Informationszentrums während der Europawoche über europäische Politik und die Arbeit unseres Verbandes.

Der Landesvorsitzende Dr. h.c. Friedhelm Pieper informierte auf der BUGA-Bühne zum Thema „Bürgerschaftliches Europa-Engagement in Rheinland-Pfalz“. Kinder und Jugendliche konnten an der Europa-Kletterpyramide ihr Wissen testen und einen „europäischen Gipfel“ erklimmen.



Bild: O. Hoffmann

Der Kreisverband Landau organisierte in der Europawoche gemeinsam mit der Universität Landau und der Stadt Landau sowie mit Citizens for Europe e.V., Berlin, einen europäischen Bürgerkonvent. Anlässlich des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit führte der Konvent aktive Bürgerinnen und Bürger aus der Südpfalz und aus mehreren europäischen Ländern zusammen. Dabei erhielten die Teilnehmer eine Plattform zum Informations- und Erfahrungsaustausch und konnten daraus neue Ideen, Impulse und neue Motivation für die Arbeit vor Ort schöpfen.



Bild: R. Däuwel-Türk

Der Landesverband steuerte zum Bürgerkonvent eine Ausstellung mit Werken von rheinland-pfälzischen und polnischen Preisträgern des Europäischen Wettbewerbs bei.



Bild: A. Schneider

Die anhaltende Schuldenkrise innerhalb der EU veranlasste die Landesvorstände der Europa-Union Rheinland-Pfalz und Hessens zum gemeinsamen Besuch der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main. Einigkeit herrschte darüber, dass die derzeitige Finanzkrise und deren Folgen weder die Stabilität des EURO noch der EZB bedrohen.

Eine Forderung nach Rückkehr zu stabilen Finanzverhältnissen und die Einhaltung des geschärften Wachstums- und Stabilitätspaktes fand die Zustimmung beider Gremien.

Anlässlich des europäischen Jahres der freiwilligen Arbeit hat der Landesverband im Oktober Vereine zu einem Seminar zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nach St. Martin (Pfalz) eingeladen. Das Seminar sollte ehrenamtlich Engagierten anhand von europäischen Beispielen Grundlagen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vermitteln.

Die Teilnehmenden haben das nötige Handwerkszeug erhalten, um ihre eigenen Veranstaltungen künftig erfolgreicher zu bewerben und eine größere Resonanz in der Presse zu erzielen. Dies konnte zum einen durch Experten und zum anderen durch den Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erreicht werden. Mit Unterstützung der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa und des Bundesverbandes der Europa-Union konnten bis zu 12 Personen unentgeltlich am Seminar teilnehmen.



Bild: A. Schneider

Im November lud der Landesverband an die Universität in Koblenz zu einer multimedialen Präsentation über die Gründungsväter Europas ein. Das Landesvorstandsmitglied Ingo Espenschied präsentierte seine eigene Produktion zu den Anfängen des europäischen Einigungsprozesses und über die Bedeutung des deutsch-französischen Dialogs für die Weiterentwicklung Europas.

Des Weiteren beteiligten sich der Landesverband und die Kreisverbände mit vielfältigen Aktionen an der Europawoche, zu denen auch die Auszeichnungen der Kreispreisträger des Europäischen Wettbewerbes zählten.

#### **4.1.6 Zusammenarbeit mit Landesparlament / Landesregierung / Europaminister**

Die Ziele, für die sich die überparteiliche Bürgerinitiative Europa-Union einsetzt, finden Unterstützung bei den Entscheidungs- und Mandatsträgern aller Ebenen. Nach der Konstituierung des neuen Landtages in 2011 waren 29,7 % der Abgeordneten Mitglieder der Europa-Union, davon 17 SPD-Abgeordnete einschließlich des Ministerpräsidenten Kurt Beck



und dem Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz Joachim Mertes sowie 13 CDU-Abgeordnete mit dem Fraktionsvorsitzenden Christian Baldauf. Die Fraktionen haben folgende Abgeordnete für den Parlamentarischen Beirat der Europa-Union benannt: Dieter Klöckner (SPD), Wolfgang Schwarz (SPD), Hannelore Klamm (SPD), Ralf Seekatz (CDU), Thomas Weiner (CDU), Stephanie Nabinger (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).

Im Dezember nahmen der Landesvorsitzende und das Geschäftsf. Vorstandsmitglied auf Einladung des Landtagspräsidenten an der Plenarsitzung des Landtages teil. Im anschließenden Meinungsaustausch zu aktuellen europapolitischen Themen warben die Vertreter des Landesvorstandes für die Gründung einer Parlamentariergruppe der Europa-Union im Landtag.

Im Deutschen Bundestag gehörten 41,9 % der rheinland-pfälzischen Abgeordneten der Europa-Union an. Davon fünf der CDU, drei der SPD, drei der FDP und zwei Abgeordnete dem Bündnis 90/Die Grünen.

Alle sechs rheinland-pfälzischen Europaabgeordneten gehören dem Landesverband an. Im Bundestag und im Europäischen Parlament haben die Abgeordneten die Möglichkeit, sich der EUD-Parlamentariergruppe anzuschließen.

An dieser Stelle ist die gute Zusammenarbeit mit der Landesregierung hervorzuheben. Die institutionelle Förderung, die jährlich dem Verband durch die Staatskanzlei gewährt wird, ermöglicht überhaupt die kontinuierliche Tätigkeit des Landesverbandes. Durch die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur können seit Jahren der Europäische Wettbewerb und die Aktion „Europa in die Schule“ erfolgreich durchgeführt werden. Die Unterstützung der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa ermöglicht die Aktivitäten des Landesverbandes und der Kreisverbände während der Europawoche. Für diese gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit gilt allen Zuständigen das herzliche Dankeschön des Landesverbandes! Ein weiterer Dank für die gute Zusammenarbeit gebührt der Landeszentrale für politische Bildung und dem Weiterbildungszentrum Ingelheim.

#### **4.1.7 Öffentlichkeitsarbeit**

Mit fünf Pressemitteilungen informierte der Landesverband über seine Arbeit, über Veranstaltungen und über die Debatte um das neue Grundsatzprogramm der Europa-Union. Zum wichtigsten Instrument der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit wurde erneut die Internetseite des Landesverbandes.

Die allen Mitgliedern vom Bundesverband per Post zugestellte Verbandszeitschrift „Europa aktiv“ gab in vier Ausgaben einen Überblick über die Aktivitäten im Landesverband. Die Beiträge werden durch die Kreisverbände übermittelt und durch das Geschäftsf. Vorstandsmitglied redigiert.

Der Internetdienst [www.europatermine.de](http://www.europatermine.de) wird von uns regelmäßig genutzt, um für Veranstaltungen zu werben.

## **4.2 Bundesebene**

Sechs Delegierte vertraten den Landesverband bei zwei Sitzungen des Bundesausschusses, der zwischen den Bundeskongressen das höchste Verbandsorgan ist.

Während des jährlichen Treffens der Landesgeschäftsführer vertrat das Geschäftsf. Vorstandsmitglied den Landesverband und berichtete über die Aktion „Europa in die Schule“, die seit sechs Jahren mit beachtlichem Echo den Schulen in Rheinland-Pfalz angeboten wird. Die Vorbereitungen zur Einführung eines internetbasierten Mitgliederbetreuungssystems wurden konkret mit einzelnen Landesverbänden diskutiert. Eine Schulung der Mitarbeiter in den Landesgeschäftsstellen sollte dabei durch den Bundesverband gewährleistet werden.

Mit 17 Stimmen vertraten die Delegierten den Landesverband auf dem 57. Kongress der Europa-Union Deutschland, der am 26. und 27. November 2011 in Berlin unter dem Motto „Mit mehr Europa aus der Krise“ stattfand. Der Landesvorstand legte dem Bundeskongress einen Antrag auf Satzungsänderung vor, der in geänderter Form angenommen wurde. Weitere Beschlüsse des Bundeskongresses fließen in die Arbeit des Landesverbandes ein und werden umgesetzt.

## **5. Jugendarbeit**

Neben dem Europäischen Wettbewerb und der Aktion „Europa in die Schule“ unterstützte der Landesverband organisatorisch und finanziell den Landesverband der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF). Der dem Landesvorstand kraft Amtes angehörende JEF-Landesvorsitzende Matthias Wolfger berichtete in Landesvorstandssitzungen über die Arbeit seines Verbandes. Ein Abkommen zwischen beiden Landesverbänden, das Grundlage der Zusammenarbeit ist, wurde neu diskutiert und soll im kommenden Jahr aktualisiert werden.

## **6. Landesbeirat**

Als rheinland-pfälzische Sektion der Europäischen Bewegung Deutschland bindet der Landesverband 41 Mitgliedsorganisationen und -einrichtungen zum Landesbeirat zusammen. Der Landesbeirat ist eine lose Gruppierung, deren Mitglieder zu Veranstaltungen des Landesverbandes eingeladen werden.

## **7. Schlussbemerkung**

Dieser Bericht stellt eine kurze Übersicht über die Tätigkeit des Landesverbandes dar. Ausführliche Informationen werden kontinuierlich auf der Internetseite veröffentlicht. Die Aktivitäten der Kreisverbände sind in diesem Bericht nur punktuell erwähnt worden.

Die vielfältige Arbeit der Europa-Union ist nur durch die Unterstützung von Förderern und Sponsoren möglich. Es sind aber vor allem unsere Mitglieder, die durch ihre Beiträge und ihr Engagement freiwillig Mittel generieren, um die Tätigkeit des Verbandes zu ermöglichen. Auch allen Europa-Union-Freunden außerhalb des Verbandes, die die Arbeit des Landesverbandes auf unterschiedliche Weise unterstützt haben, gebührt ein herzlicher Dank des Landesvorstandes.